

Vor meinen Freunden behütet mich...

Autor(en): **Wolfgang, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **60 (1977)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-412388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Revision der Lateranverträge

Das italienische Parlament beschäftigt sich in diesen Wochen neben anderen heissen Problemen mit der Revision der Lateranverträge. Diese wurden 1929 zwischen Mussolini und Papst Pius XI. abgeschlossen, begründeten den Vatikanstaat und sicherten der katholischen Kirche auch im übrigen Italien bedeutende Vorrechte zu. Der Katholizismus wurde offizielle Staatsreligion, die Kirchengüter erfreuen sich seither grosser steuerlicher Begünstigungen, kirchliche Trauungen wurden den weltlichen gleichgestellt und können an deren Stelle stehen, der katholische Religionsunterricht wurde in den Schulen obligatorisch. Das alles gewährte Mussolini der Kirche, um sie dem faschistischen Regime freundlich zu stimmen.

Seit dem Sturz des Faschismus wird in der italienischen Oeffentlichkeit immer nachhaltiger die Revision, wenn nicht die Kündigung dieser Verträge gefordert. Aber keine der christdemokratischen Regierungen hat sich natürlich bereit erklärt, diesem Verlangen nachzugeben.

Aber jetzt, da die Christdemokraten im Parlament nicht mehr über eine Mehrheit verfügen, muss sie auf den wachsenden Druck Rücksicht nehmen, und Ministerpräsident Andreotti hat

daher eine Revisionsvorlage eingebracht. Sie sieht die Abschaffung des Katholizismus als Staatsreligion vor, stellt ihm die übrigen christlichen Bekenntnisse gleich, macht den katholischen Religionsunterricht künftig von der Zustimmung der Eltern abhängig und verfügt bezüglich der kirchlichen Trauungen, dass sie zwar bestehen bleiben, dass aber die Auflösung einer auf kirchlicher Trauung beruhenden Ehe der Bestätigung durch ein weltliches Gericht bedarf. Kein Wort hingegen über die Reform der steuerlichen Begünstigung von Kirchengütern.

Die Regierungsvorlage wird lebhaft Debatten auslösen, die laizistischen Parteien (Liberale, Radikale, Republikaner, Sozialdemokraten, Sozialisten) stellen weitergehende Verlangen oder fordern die Kündigung der Verträge überhaupt. Die Kommunisten, die immer noch das sogenannte «historische Kompromiss» mit den katholisch-politischen Kräften Italiens anstreben, zeigen sich dagegen eher zu gewissen Konzessionen bereit, deren Einzelheiten aber noch ausgehandelt werden müssen. Daher ist im besten Fall nur mit einer recht bescheidenen Revision der Lateran-Verträge zu rechnen.

Walter Gyssling

gesagt und warnte vor kapitalistischen Ideen, insbesondere vor dem reaktionären Inhalt der katholischen Kirche:

«Die grösste antisozialistische Organisation in unserem Lande, ein richtiges Zentrum, das alle staatsfeindlichen Kräfte vereinigt, während es verlorene Hoffnungen vorspiegelt, ist der reaktionäre Flügel der Hierarchie, die ihre Unterstützung in der institutionellen Struktur der römisch-katholischen Kirche hat. Sie ist das einzige Zentrum gesellschaftlicher Rechtsströmungen mit einer einheitlichen Philosophie, einer stark durchorganisierten Basis und zahlreichen Kadern . . . Ihre politische Strategie geht darauf aus, vor allem unsere Schwierigkeiten und Fehlschläge für sich auszunützen.»

Aber was man in dieser Hinsicht in Russland sagen kann, geht in Polen nicht leicht durch, wo selbst Arbeiter und Intellektuelle verbohrt Katholiken sind und der Papst den reaktionären Kardinal Wyszynski gebeten hat, weiter auf seinem Posten zu verharren, wenngleich er schon pensionsreif wäre. Die Kirche antwortete mit dem ebenso berechtigten Vorwurf, dass das Geschichtsstudium unterbunden wird, weil alles geistig gleichgeschaltet ist und die Einfuhr von Veröffentlichungen aus dem Ausland untersagt ist. Alles ist auf Propaganda und Gehirnwäsche ausgerichtet, wie es Orwell in seinem letzten Buch geschildert hatte. Der Primat selbst verlangte freie Meinungsäusserung und Forschung sowie Versammlungs- und Pressefreiheit, also Dinge, die es in Kirchenstaaten wie Irland oder Israel nicht immer gibt.

Im Londoner «Guardian» vom 22. November 1976 schreibt Jill Tweedie, wer als Jude gelten will, muss nach Israel auswandern; wer das nicht will, muss sich restlos assimilieren. Alles andere ist reine Scheinheiligkeit. Die Jugend ist gegen die Orthodoxen, die den Staat Israel nicht anerkennen, weil der Messias noch nicht gekommen ist.

«Wissen Sie — sagen sie —, dass es Bezirke in Jerusalem gibt, in die wir nicht gehen können, weil sie uns am Sabbath steinigen würden, oder gar, weil Mädels nackte Arme oder Beine zeigen?» Sie verulken das Rabbinat, das die bürgerlichen Gesetze vorschreibt. Wer nicht in der Synagoge heiraten will, muss für eine Ziviltrauung nach Zypern fahren. Und gar die arme So-und-so aus Brooklyn, sie heiratete einen Orthodoxen und wenn sie die

Vor meinen Freunden behütet mich ...

Ein Russe, den man für einen Polen hält, ist schwer beleidigt; und umgekehrt. Nachbarvölker denken meist übel voneinander, aber die Polen haben viel geschichtliche Ursache die Russen nicht leiden zu können. Als 1956 Gomulka zur Macht kam, hatte er grossen Anhang, weil er ein Gegner Stalins war. Seinem Nachfolger, Gierek, gab man 1970 bloss eine Chance, weil er zwar nicht als Gegner der Russen, wohl aber als tüchtiger Verwalter bekannt war. In dieser Richtung hat er sich auch bewährt, besonders, weil er Türen zum Westen öffnete, wo er Kredite bekam und ganze Fabrikmaschinen einkaufen konnte. Aber für jede Verbindung mit dem Westen beeilte er sich zu einem tiefen Bussfall vor Moskau und seine Beteue-

rungen von Polens «ewiger Verbundenheit» mit der Sowjetunion wird ihm vom Volk verübelt, den Intellektuellen — die 1968 offen gegen Gomulka waren — wie den Arbeitern, denen in der Krise von 1970 jene passiv gegenüberstanden. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, die sich auch auf die Beziehungen mit Polen auswirkten (keine neuen Kredite und weniger Absatzmöglichkeit für den polnischen Export), verhalfen Gierek zu einer wirtschaftlichen Wallfahrt nach Moskau, wo man ihm neue Kredite für Lebensmittellieferungen gab; damit hofft er seine antisowjetischen Gegner, zu denen auch die Kirche gehört, zu spalten. Jan Szydlak, der die polnische Politik vom Parteistandpunkt überwacht, hatte diese Krise voraus-

Periode hat, muss sie nachher ins rituelle Reinigungsbad gehen; er würde von ihrer Hand keinen Teller nehmen noch mit ihr im gleichen Bett schlafen.»

Und sie wollen kein Geld mehr von Amerika, mit dem sie gezwungen werden zu gehorchen. «Wir wünschten sie liessen uns ungeschoren.»

Denselben Wunsch haben die polnischen Intellektuellen in bezug auf die Sowjetunion. Gegen Ende 1974 schickte der bekannte Dichter Antoni Slonimski eine Petition an den Kulturminister, unterzeichnet von 15 Wissenschaftler, Schriftstellern und Künstlern, die das Schicksal der Polen in Russland aufwarf und forderte, dass die polnische Regierung sich um diese ebenso kümmere wie um jene in den Westländern. Die Regierung ging dieser kitschigen Frage aus dem Weg, schickte zwar einige der Unterzeichner, schickte aber dennoch Slonimski ein Glückwunschtelegramm zum 80. Geburtstag. Zugleich ging sie gegen die sogenannten «Franziskaner» zu Felde, die Anhänger des starken Innenministers Franciszek Szlachcic, der grössere Autonomie gegenüber der Sowjetunion verlangt hatte; er wurde aus dem Politbüro und aus der Regierung verdrängt.

Im Oktober 1975 veröffentlichte die Regierung «Richtlinien» für gewisse Verfassungsänderungen, mit dem Hinweis, dass die Aussenpolitik bestimmt werde durch die unerschütterliche, brüderliche Verbundenheit mit der SU» Daraufhin gab es unter Führung des geachteten Professors Edward Lipinski ein Protestschreiben an den Sejm (Parlament), unterzeichnet von 59 Intellektuellen, das unter Berufung auf Helsinki die Wiederherstellung demokratischer Rechte forderte. Die Folge war ein derartiger Proteststurm der Intellektuellen Polens, dass sich Gierek genötigt sah, diese Parteitagsvorschläge stark zu verwässern; die Phrase von der unlösbaren Verbundenheit mit der SU las jetzt: «Polen stärkt seine Freundschaft und Zusammenarbeit mit der SU und anderen sozialistischen Staaten.» Gierek war wütend, und einige Unterzeichner wurden wieder gepiesakt, aber Prof. Lipinski erinnerte ihn, dass er selbst als sozialistischer Veteran und Wirtschaftler etwas dreinreden dürfe; er erklärte, das Sowjetvorbild sei für Polen unannehmbar, man solle eher die

französischen und italienischen Kommunisten als Vorbild nehmen.

«Die Aufzwingung des Sowjetsystems hat unser soziales und moralisches Sein vergiftet, es stellt ein grosses Missgeschick in der Geschichte unserer Nation dar. Man zwingt uns bedingungslos die Sowjets in ihrer Aussenpolitik zu unterstützen, wir haben aufgehört in der Weltpolitik ein unabhängiger Faktor zu sein ... So haben wir an dem militärischen Einmarsch in der Tschechoslowakei teilnehmen müssen um den Erneuerungsprozess dort zu unterdrücken, der darauf anstrebte sich vom Sowjeteinfluss freizumachen ... Erst wenn wir unsere Souveränität wiedergewonnen haben, wird es möglich sein, eine systematische Wirtschaftsreform durchzuführen ...»

Cincera und die Freidenker

Eine der grossen Affären, welche die schweizerische Oeffentlichkeit beschäftigt, ist die Aufdeckung der Suche nach «subversiven Elementen» durch den Zürcher Ernst Cincera, der in der Armee den Rang eines Oberstleutnants bekleidet. Die Organisation «Demokratisches Manifest» hat bekanntlich einen Teil des von Cincera angelegten Archivs «erbeutet» und ihn in einem zu einem Bestseller gewordenen Sammelband «Dossier Cincera» der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht, nachdem sie in Einzelpublikationen und Pressekonferenzen schon einen Teil des in ihren Händen befindlichen Materials bekannt gegeben hatte.

Es ist hier nicht der Ort, uns über die laufenden gerichtlichen Untersuchungen und die Diskussion dieser Affäre in den Massenmedien auszulassen. Was uns interessiert, ist vielmehr die Tatsache, dass sich in der Sammlung Cinceras auch einige Persönlichkeiten der Freidenker Vereinigung befinden. Die in den Besitz des «Demokratischen Manifests» gelangten Einzelstücke aus dem Cincera-Archiv reichen nur bis 1973, die späteren Aufzeichnungen hat Cincera auf einem Computer speichern lassen, an den die Männer des Demokratischen Manifests nicht herangekommen sind. Bis 1973 wurden ungefähr ein halbes Dutzend der damals noch als «Freigeistige Vereinigung» firmierenden Vereinigung in das Archiv Cinceras der «subversiven Elemente» aufgenommen. Darunter befindet sich auch der Autor dieser Zeilen, der mit seiner

«Wir haben unsere eigenen Zensoren», schrieb ein alter Kommunist, Wladyslaw Bienkowski, der mehrere politisch-kritische Bücher veröffentlicht hatte. «Aber unser Oberster Zensor ist der Vertreter der SU in Polen.» Bienkowski war selbst 1959 Kulturminister gewesen, aber sein Brief muss als Ssamisdat (SSAM = eigen ISDAT = Ausgabe) weitergegeben werden.

Szlachcic machte einmal den Ausspruch, die polnisch-russische Freundschaft sollte sein wie der russische Tee: «Stark und heiss, aber nicht süss.» Otto Wolfgang

damaligen Funktion als Präsident der Freigeistigen Vereinigung Zürichs bezeichnet ist. Es ist überhaupt bemerkenswert, dass weder von mir noch bei den anderen aufgeführten Freidenkern keine weiteren Angaben gemacht sind als die ihrer Funktion in der Freidenker-Bewegung. Bei einem ist die für Cincera anscheinend als schwer subversiv geltende Tätigkeit als Abdankeungsredner erwähnt und was die ganze Aktion der Spitzelorganisation Cinceras geradezu ins Lächerliche zieht, auch unser vor Jahren verstorbener lieber, guter Gesinnungsfreund Brauchlin ist im Cincera-Archiv der subversiven Elemente als Ehrenpräsident der Freigeistigen Vereinigung zu finden. Wer ihn noch gekannt hat, bringt es wohl nicht fertig, sich ihn als «subversives Element» vorzustellen. Von keinem der in der Sammlung Cinceras bis 1973 aufgeführten Freidenker wird übrigens etwas anderes ausgesagt als seine Funktion in der Freigeistigen Vereinigung. Nichts über eine sonstige Tätigkeit in politischen Organisationen oder bei sonstigen Aktionen, die bei der weitesten Auslegung des Begriffs «subversiv», wie er in konservativen Kreisen manchmal geübt wird, gelten können. Das zwingt zu dem Schluss, dass von Cincera eben die Freigeistige, jetzt Freidenker-Vereinigung selbst als subversive Organisation angesehen wird. Und dagegen müssen wir mit äusserstem Nachdruck protestieren. Nach unseren verbindlichen Statuten sind wir parteipolitisch unabhängig, wir befassen uns nur mit kulturpolitischen Fra-